

Tägliche Omaha Tribune
TRIBUNE PUBLISHING CO.; VAL J. PETER, President.
211 Howard Str. Telephone: TYLER 340. Omaha, Nebraska.
Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr \$5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei fristiger Vorauszahlung, per Jahr \$1.50.

Wahrheit und Dichtung.

Die meisten unserer in englischer Sprache erscheinenden Zeitungen sind anscheinend nicht für das intelligente amerikanische Publikum, sondern nur für die ganz dummen geschrieben. Ueberzogene Logik und Wahrheitsliebe hat man diesen Blättern nie vorwerfen können, aber eine solche Anbahnung von Widersprüchen und Verwirrlichkeiten, wie heute in diesen Blättern zu finden ist, ist bisher noch nicht erreicht worden.

Die Masse von Widersprüchen und Verwirrlichkeiten seien einige herausgegriffen, um nochmals zu zeigen, in welcher unglücklicher Weise das amerikanische Volk belogen wird. Vergleicht man die auf den verschiedenen Seiten dieser Blätter erscheinenden Mitteilungen, so muß das Publikum zu dem Resultat kommen, daß Deutschland demnach geschwächt ist, daß der Krieg noch wenigstens drei Jahre mit der allergrößten Energie fortgesetzt werden muß, um dieses völlig zusammengebrochene Deutschland zu besiegen.

Jeder, der in den letzten Wochen Zeitungen gelesen, weiß natürlich, daß die Engländer und Franzosen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne die deutsche Front durchbrechen wollten. Sondern von „Headlines“ haben uns seit Wochen von der großen Offensive der Alliierten erzählt. Nun aber muß das Publikum zu seiner größten Verwunderung erfahren, daß sich die Alliierten überhaupt gar nicht in der Offensive befinden hätten. Es heißt deshalb auch in den Ueberschriften ganz „logisch“: „Die Deutschen halten erköpft inne.“

Die nächste Tatsache ist natürlich, daß die Sache gerade umgekehrt ist. Die Wörter „Deutsche“ und „Autonen“ brauchen nur durch die Richter „Engländer“ und „Franzosen“ ersetzt zu werden, und man hat das richtige Bild.

Sehr interessant ist auch die gestern gemachte Entdeckung, daß bewaffnete Schiffe die U-Boot-Gefahr beseitigen werden. An anderer Stelle desselben Blattes heißt aber wieder ganz „logisch“, daß bisher noch kein Mittel zur Beseitigung der U-Boote gefunden worden sei. Zudem wissen wir, daß England seit fast drei Jahren seine Dampfer bewaffnet und daß trotzdem wöchentlich mehr Schiffe versenkt werden.

Was die auf der ersten Seite behauptete „Hungersnot in Deutschland“ anbelangt, so heißt es auf einer anderen Seite wieder sehr „logisch“: „Was Deutschland anbetrifft, so erklären die Fachleute, daß die Lebensmittel in Deutschland zwar knapp sind, daß sie aber in jeder Hinsicht bis zur nächsten Ernte genügen. Man denkt gar nicht daran, daß Deutschland im nächsten Winter wegen Mangels an Lebensmitteln Frieden machen müsse.“

Ein weiterer Beweis für den halbigen Zusammenbruch Deutschlands ist übrigens auch die in diesen Blättern enthaltene Mitteilung, daß die deutschen Heere Petrograd nehmen könnten, wenn sie wollten und daß die deutschen Meeresflotten schier unerschöpflich seien.

Mehr kann man wahrhaftig nicht verlangen.

Des Armen Blut, des Reichen Gut.

Amos Pinhot, der schon seit längerer Zeit den mit einer Kriegführung verknüpften finanziellen Problemen besondere Aufmerksamkeit und gründliches Studium gewidmet hat, tritt in dem nachfolgenden, in mehreren englischen Zeitungen des Landes erschienenen Schreiben sehr energisch dafür ein, daß die großen Einkommen mehr, als es bisher jemals der Fall gewesen ist, zur Bezahlung der Kriegskosten herangezogen werden.

Die Preise für Nahrungsmittel und Kleidungsstücke sind bereits erheblich gestiegen. Leute, die nur ein kleines Einkommen haben, werden, solange der Krieg fort dauert, schwer zu leiden haben. Die Hauptfrage ist die Kriegskosten in möglichst gerechter Weise zu verteilen, so daß während der Dauer des Krieges nur so wenig Not und Armut als möglich herrschen.

Die Steuer von nur 40 Prozent auf ein Einkommen von \$1.000.000, so daß die armen Multimillionäre sich mit nur \$600.000 das Jahr oder mehr behelfen müssen, scheint mir in einem von Kriegsnöten geschwundenen Lande eine Träbelle auf die Gerechtigkeit und den Kriegsfinanzierungsplan zu sein. Einkommen von mehr als \$100.000 sollten in Kriegsjahren so besteuert werden, daß über diese Summe hinaus nichts übrig bleibt, und die Besteuerung sollte so lange fortgesetzt werden, wie die Kriegsschulden anhalten. Dies ist keine Gefühlsfrage; es ist ein Ding reiner, praktischer Gerechtigkeit.

Teilen Sie dies dem Volke mit. Man darf sich einen besseren Erfolg von der Rekrutierungsarbeit versprechen, sobald das Volk zur Erkenntnis kommt, daß die Reichen bereit sind, ihren Ueberfluß an Geld freiwillig herzugeben. Wenn unsere jungen Männer kämpfen, dann sollten auch die Einkommen kämpfen.

Amos Pinhot,
Im Auftrage des amerikanischen Komitees für Kriegsfinanzierung,
New York, den 17. April 1917.

Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen hat in den Reden des Präsidenten eine große Rolle gespielt. In seiner Friedensbotschaft an die Kriegführenden am 8. Dezember legte er ganz besondere Betonung auf die Erfahrung dieses Rechtes als eine Hauptbasis des Friedens, den er damals den Kriegführenden Völkern Europas in Vorschlag brachte. Nach der Auffassung des Präsidenten soll jede Nation das Recht haben, ihre Regierungsform selbst zu bestimmen.

Nach der Ansicht Herrn Wilsons hätte also eine Nation nicht die Verachtung, einem anderen Volk eine Regierungsform aufzuzwingen, die es nicht wünscht. Diese Ansicht muß von jedem rechtlich denkenden Mann geteilt werden, weil sie die einzig richtige und vernünftige ist. Wie verträglich sich aber diese Ansicht mit der späteren Ankündigung Herrn Wilsons, daß die ausländische Regierungsform in Deutschland einer der Hauptgründe für den Eintritt Amerikas in den Krieg sei? Steht es nicht in direktem Widerspruch zu dem kurz vorher ausgesprochenen politischen Glaubensbekenntnis des Präsidenten? Sie läßt es nicht, wenn das deutsche Volk in seiner Mehrheit eine Veränderung in der Regierungsform wünscht, was aber nicht der Fall ist. Aus jedem einzelnen Kommentar der deutschen Presse über die Rede des Präsidenten und den Eintritt der Ver. Staaten in den Krieg ging völlig deutlich hervor, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hinter seiner in der Person des Kaisers verkörperten Regierung steht, und daß es gerade den Punkt der Rede

des Präsidenten, in der dieser von der Notwendigkeit sprach, Deutschland mit einer neuen Regierungsform zu bekleiden, als eine unerwartete Einmischung in seine hoheitlichen Rechte und als eine jeden Deutschen persönlich betreffende Beleidigung auffaßt. Selbst die sozialdemokratischen Zeitungen sprachen sich damals sehr scharf gerade gegen den Herrn Wilson als Kriegsgeliebten aus. Wir stehen also vor der Tatsache, daß das deutsche Volk eine Veränderung in der Regierungsform wünscht, wenigstens es sich begrifflicher Weise in Preußen vielfach nach einer Aenderung des bestehenden Wahlsystems seht, eine Aenderung, die übrigens schon vor Ausbruch des Krieges und in erhöhtem Maße, während desselben in Aussicht gestellt worden ist.

Wenn die Abschaffung des monarchischen Regierungssystems eines der Kriegsziele unserer Regierung sein soll, dann dürfen wir uns mit der Abschaffung der Monarchie in Deutschland nicht zufrieden geben. Wir müssen dann, um logisch zu handeln, weiter gehen und auch England, Italien, Japan und viele andere Völker Europas von ihren jetzigen Regierungssystemen befreien. Kein vernünftiger Mensch wird sich auf nur eine Sekunde lang mit solch phantastischen Plänen abgeben. Es wäre doch der Gipfel des Grobheitstums, wenn wir uns einbilden würden, daß die Regierungsform, die uns gefällt, deshalb auch allen anderen Völkern gefallen muß und daß wir sie ihnen aufzwingen müssen, wenn sie sie nicht freiwillig annehmen wollen.

Wenn wir ganz ehrlich mit uns selbst sein wollen, müssen wir uns sagen, daß der Wunsch, unsere Regierungsform der ganzen Welt aufzuzwingen, ein utopischer Kriegsgrund ist und daß er im kraftlosen Widerspruch zu den Grundlagen unserer eigenen Verfassung steht, die es jedem erlaubt, nach seiner Passion selig zu werden. Der Mangel an Begeisterung für den Krieg hat doch zur Genüge bewiesen, daß das amerikanische Volk kein Verständnis für einen solchen Grund zum Krieg hat. Weshalb nicht ehrlich sein und der Welt verkünden: Wir wollten den Krieg mit Deutschland, weil wir ein siegreiches Deutschland für eine Gefahr für unser Land halten, und wir müssen jetzt England helfen, weil England zum Zusammenbrechen droht. Keine Regierung braucht sich zu schämen, der Welt zu verkünden, daß sie Realpolitik treibt, ganz gleich, ob die Zukunft den Beweis für ihre Richtigkeit oder Falschheit bringt. — „Wächter und Anzeiger“.

Was bezweckt die Haltung Deutschlands?

Man kann nach unserer Ansicht seinen patriotischen Gefühlen nicht besser Ausdruck verleihen, als wenn man hofft, daß während dieses Krieges, an dem wir uns jetzt beteiligen, so wenig amerikanisches Blut als möglich vergossen werde — so wenig amerikanisches Menschenleben als möglich verloren gehen. Wir glauben, daß die Gebete der Patrioten in allen Ländern, während der Dauer aller Kriege, stets zum Gegenstande hatten, daß der Friede sobald wie möglich wiederhergestellt werde. Infolgedessen werden wir den Richtschnur am woffenundhöflichsten Horizont begriffen.

Wäre es ein solcher Soffnungsstimmung schon vorhanden. Wenigstens fünfmal hat die deutsche Regierung kürzlich den amerikanischen Korrespondenten in Berlin gestattet, diesem Lande die Mitteilung zu übermitteln, daß Deutschland Amerika den Krieg nicht erklären werde — daß es seine gegenwärtige Haltung nicht ändert, sondern, während es die Blockierung Englands in ihrer ganzen Strenge weiter durchführt, davon absehen werde, irgendwelche wirklich kriegerische Schritte gegen uns zu unternehmen. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß der deutsche Genjor die Abwendung solcher Angaben zur gegenwärtigen kritischen Zeit nicht gestattet haben würde, wenn sie nicht von der Regierung bestätigt worden wären.

Der Kongreß hat natürlich klargestellt, daß Deutschland durch den Gebrauch seiner Landboote Krieg gegen uns führe. Aber Deutschland scheint uns zu verstehen geben zu wollen, daß es von seinem Standpunkt aus, und soweit seine Absichten in Frage kommen, gegen uns keinen Krieg führt, und ihn auch nicht führen will. Eine Regierung betrachtet sich nie als im Kriege befindlich, wenn sie nicht entweder einer anderen Regierung den Krieg erklärt oder feststellt, daß ein Kriegszustand besteht. Deutschland scheint keines von beiden tun zu wollen. Solch ein Verzicht auf Verantwortung würde unerreicht in der Geschichte dastehen. Es ist der Mühe wert, den Geist, der eine solche Politik diktiert, verstehen zu lernen. Ein Deutschland, das entschlossen gegen uns Krieg führt, könnte uns arg zu legen; ein Deutschland, das absichtlich auf einen Krieg mit uns verzichtet, gibt uns den klarsten Beweis, daß es die freundschaftlichen Beziehungen wiederherstellen will. Könnten wir auf lange Zeit Krieg führen ohne einen Feind? Hätte das amerikanische Volk schließlich Lust, den Kampf mit einer Bevölkerung und Regierung, die nicht zu stolz, sondern zu freundlich war, um gegen uns zu kämpfen, bis zum bitteren Ende durchzuführen?

Auf jeden Anfang folgt ein Ende. Jetzt, wo wir uns im Kriege befinden, und den Anordnungen des Kongresses Folge leisten, können wir schuldlos dem Frieden entgegen schauen. Er muß eines Tages kommen; ist es nicht patriotisch, zu hoffen, daß er bald komme? Wir können in den Worten des Präsidenten oder den Handlungen des Kongresses nichts erblicken, woraus man auf einen unnötig bitteren oder verlängerten Krieg schließen könnte. Woher lenken wir die Aufmerksamkeit des Volkes, des Kongresses und des Präsidenten auf die Absicht Deutschlands, eine Versöhnung herbeizuführen, eine Absicht, die es dadurch zum Ausdruck bringt, daß es sich weigert, Krieg gegen uns zu führen.

Zu gleicher Zeit dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, daß der Krieg ein fürchterliches Unternehmen ist, in dem alle Mittel angewandt werden können. Es würde innerhalb

der Grenzen kriegerischer Möglichkeiten liegen, wenn Deutschland versuchen würde, durch solche Berichte uns zu veranlassen, von unseren Vorbehaltsmaßnahmen abzugehen. Wir müssen wachsam auf der Hut sein. Wir müssen eifrig auf unsere Verteidigung hinarbeiten. Wir müssen gerüstet sein. (Wierock American Weekly.)

machen — d. h. es ihm zu ermöglichen, sein eigenes Heim zu gründen und seine Kinder zu kultivieren. Solche Kindererziehung könnten im Todesfälle nur dann verkauft werden, wenn keine direkten Erben vorhanden wären. Dies würde den Indianern vor den Landhändlern schützen. Mit anderen Worten, die dem Kongreß gegenwärtig vorliegende Vorlage bezweckt, den Indianer selbstständig zu machen, ihn der Vormundschaft der Regierung zu entziehen. Ein anderer Zweck, und zwar ein nicht unwichtiger, ist der, die Regierung von dem Mangel der Kontrolle über die Indianerangelegenheiten zu entlasten.

Vollstrecker.

Großer Sumbag. Kanada hat die freie Einfuhr von Weizen aus den Ver. Staaten gestattet und dafür darf kanadischer Weizen frei nach den Ver. Staaten gelangen. Das klingt sehr schön, ist aber nichts als ein Sumbag. England hat schon die Hand auf alle Weizenvorräte in Kanada gelegt, so daß von dort kein Weizen hierher kommen kann, dafür aber wird Kanada, um mehr nach England schicken zu können, uns den Weizen entziehen. In solcher Weise werden wir in allen unseren Geschäften mit England über's Ohr gehauen.

Der an dieser Stelle schon mehrfach erwähnte Herr S. G. Wells hat nun den Vorschlag gemacht, auch England in eine Republik zu verwandeln. Es ist ja richtig, König George zählt heute kaum, er ist also gewissermaßen unschädlich, aber noch das englische Volk wirklich wie Wells anzunehmen scheint, eine Republik verlangen sollte, warum soll man sie ihm vorenthalten? Das Nord-Vertragsgesetz, das bekämpft, ist erklärlich genug, denn in einer Republik würde es wahrscheinlich auch keine Lords in den diesen Absichtungen geben und Nord-Vertrags würde vielleicht wieder zum Herrn Hornswoth werden.

Die Saat von Stahl!

Die Untugende von Stahl, die während der Kämpfe vor Verdun in diesem Kampfabchnitt aufgestreut wurden, hat einen Mitarbeiter des schwedischen Blattes „Industriidningen Norden“ zu einer sehr interessanten Berechnung angeregt. Auf Grund der Angaben über die Artilleriegeschosse, welche im Kampfabchnitt vor Verdun verfeuert wurden, wird nämlich die Stahlmenge berechnet, die heute das Schlachtfeld um Verdun bedecken muß. Wärmal wurden in diesem Kampfabchnitt an einem Tage von beiden Parteien aufgenommen eine Million Explosivstoffe verfeuert; da diese Zahl aber sicherlich weit über den Durchschnitt hinausgeht, geht die Berechnung von der Annahme aus, daß als Mittelzahl eine Million Geschosse in der Woche bei sehr nie-

deriger Berechnung in Anschlag gebracht werden müsse. Wenn das Durchschnittsgewicht an Metall bei jedem Geschos mit 45 Kilogramm angenommen wird, so wurde innerhalb der 30 Kampftage, die in Betracht kommen, das Erdreich um Verdun mit 1.350.000 Tonnen Stahl überfüt. Zum Transport dieser Stahlmenge wären bei voller Ladung nicht weniger als 135.000 große Eisenbahnfrachtwagen nötig gewesen. Da die Gesamtladungsbekämpfung des Schlachtfeldes sich nicht ganz genau umgrenzen läßt, nimmt man hierfür wieder — bei möglichst niedriger Einschätzung — ein Gebiet von 280 Quadratkilometer oder 28.000 Hektar an. Bei einer Durchschnittsberechnung auf Grund der erwähnten Ziffern kämen also auf je-

den Hektar Erdbodens nicht weniger als 50 Tonnen Stahl. Wenn man weiterhin den Preis der Tonne mit \$17.50 berechnet, so stellt der Stahl, der auf jeden einzelnen Hektar gestreut wurde, einen Wert von \$870 dar. Da der schwedische Autor dieser Rechnung überall verhältnismäßig kleine Ziffern einstellte, so daß die Schätzung von der Wirklichkeit erheblich übertroffen werden dürfte, kommt er zu dem Schluß, daß der Wert der Stahlerte auf dem Boden des Kampfabchnittes um Verdun sämtliche Ernten, die jemals bekannt wurden, weit in den Schatten stellen müßte. Die Frage, ob und in welchem Maße nach dem Kriege eine solche Stahlerte wiederverwertet und wieder verwertet werden könnte, ist der Beachtung wohl wert.

Advertisement for Royal Typewriter Company. Includes image of a typewriter and text: "Schnell voran", "Und dabei werden Sie fähig sein. Denn hier ist endlich die Meistermaschine, die es für jeden Schreiber leicht macht, mehr Briefe mit weniger Anstrengung zu schreiben." Price \$100. Royal Typewriter Company, 318 Süd 19. Str., Omaha.

Theater advertisement for Deutsches Theater. Text: "Das kommende deutsche Ereignis! Deutsches Theater Im Brandeis Theater Donnerstag, den 24. und Freitag, den 25. Mai 1917. Auftreten der berühmten Deutschen Theater-Gesellschaft vom Pabst Theater in Milwaukee. Unter der Regide des Ortsverbandes Omaha. Donnerstag abend, den 24. Mai 'Maria Stuart'. Drama in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Freitag abend, den 25. Mai 'Die schwebende Jungfrau'. Moderner urkomischer Schwank in 4 Akten. Eintrittspreise: \$1.50, \$1, 75c, 50c und 25c. Tickets zu haben bei den Delegaten des Ortsverbandes und in der Office der Täglichen Omaha Tribune. Reservieren der Sitze beginnt am 21. Mai an der Theaterkasse."